

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A Einleitung	11
I. Untersuchungsgegenstand	11
II. Aufbau der Untersuchung	13
B Grundlagen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (§ 84 Abs. 2 SGB IX).....	15
I. Entstehung der Vorschrift	15
1 Grundannahmen des SGB IX: Selbstbestimmung und Teilhabe	16
2 Einführung der Regelungen zum „Betrieblichen Eingliederungsmanagement“ in das SGB IX.....	19
2.1 Vorläufer der gesetzlichen Regelung	19
2.2 Gesetzgebungsverfahren	21
II. Regelungen zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (§ 84 Abs. 2 und 3 SGB IX)	25
1 Ziele des Betrieblichen Eingliederungsmanagements	25
2 Tatbestandliche Voraussetzungen	26
2.1 Persönlicher Anwendungsbereich.....	26
2.2 Sachlicher Anwendungsbereich.....	31
2.2.1 Dauer der Arbeitsunfähigkeit.....	31
2.2.2 Ursache der Arbeitsunfähigkeit.....	32
2.2.3 Tatsächliche Gefährdung des Arbeitsplatzes.....	33
2.2.4 Zustimmung des Arbeitnehmers.....	33
3 Rechtsfolge: Klärung der Möglichkeiten zum Arbeitsplatzerhalt	33
3.1 Information des Beschäftigten über Ziele und Datenverwendung.....	33
3.2 Rahmenbedingungen für die Umsetzung.....	33

	Seite
3.3 Zusammenwirken mit betrieblicher Interessenvertretung	34
3.3.1 Betriebe ohne Interessenvertretung	35
3.3.2 Betriebe mit einer in § 93 SGB IX nicht genannten Interessenvertretung	36
3.3.3 Betriebe mit einer in § 93 SGB IX genannten Interessenvertretung	38
3.3.3.1 Beteiligungsrechte des Betriebsrats	38
3.3.3.2 Zuweisungen aus § 84 Abs. 2 SGB IX	39
3.3.3.3 Mitbestimmungsrechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz	41
3.3.4 Beteiligungsrechte anderer Interessenvertretungen im Sinne des § 93 SGB IX	46
4 Schwerbehindertenvertretung	47
4.1 Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung beim Eingliederungsmanagement	47
4.2 Integrationsvereinbarung	48
5 Beteiligung des Beschäftigten	49
6 Zusammenwirken mit Werks- oder Betriebsarzt	50
7 Hinzuziehung externen Sachverständigen	51
7.1 Örtliche gemeinsame Servicestelle	51
7.2 Integrationsamt	51
8 Prämien- und Bonusgewährung	51
8.1 Prämien	52
8.2 Bonus	52
8.3 Zuwendungsvoraussetzungen	52
9 Rechtsfolgen bei Nichtdurchführung des Eingliederungsmanagements	52
9.1 Sanktionen gegen den Arbeitgeber	53
9.2 Auswirkungen auf krankheitsbedingte Kündigungen	53
9.3 Mitwirkungspflicht des Beschäftigten	56

C	Betriebliches Eingliederungsmanagement in der gesetzlichen Unfallversicherung.....	59
I.	Grundzüge der gesetzlichen Unfallversicherung.....	59
II.	Bezüge zwischen Unfallversicherungsrecht und Behindertenrecht.....	60
1	Unfallversicherung als Rehabilitationsträger im Sinne des SGB IX.....	60
2	Prävention.....	61
2.1	Präventionsansatz des SGB IX.....	61
2.2	Präventionsansatz des SGB VII	61
III.	Betriebliches Eingliederungsmanagement als Präventionsaufgabe der Unfallversicherung	62
IV.	Konzepte und Angebote der Unfallversicherung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement	66
1	Angebote der Unfallversicherung auf Verbandsebene	67
1.1	Disability Management.....	67
1.2	Initiative Gesundheit und Arbeit	68
1.3	Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation	69
2	Angebote einzelner Unfallversicherungsträger	70
V.	Zusammenfassung	71

D	Aktivierender Wohlfahrtsstaat und Betriebliches Eingliederungsmanagement	73
I.	Konzeptionelle Grundlagen des aktivierenden Wohlfahrtsstaats	73
1	Aktivierender Staat	73
2	Der aktivierende Wohlfahrtsstaat	76
2.1	Subsidiaritätsprinzip	79
2.2	Stärkung der Eigenverantwortung (Hilfe zur Selbsthilfe)	80
2.3	Gegenseitigkeit der Leistungen (Fördern und Fordern)	80
II.	Bezüge zwischen Betrieblichem Eingliederungsmanagement und aktivierendem Wohlfahrtsstaat	81
1	Schnittstelle Prävention und Rehabilitation	82
2	Subsidiaritätsprinzip und Eingliederungsmanagement	82
3	Eigenverantwortung und Eingliederungsmanagement	83
4	Gegenseitigkeit der Leistungen und Eingliederungsmanagement	85
5	Ergebnis	86
E	Resümee	87
F	Thesen	91
Anmerkungen		93
Literaturverzeichnis		125
Danksagung		139